

SPIEGEL-Umfrage vor der Europawahl

## 5+ Demokratie ja, Partei nein

Welche Themen beschäftigen die Menschen kurz vor der Europawahl? Interessiert sich überhaupt jemand für die EU? Und sollte das Wahlalter auch bei der Bundestagswahl gesenkt werden? Eine SPIEGEL-Umfrage gibt Einblicke.

Von **Philipp Kollenbroich**

24.05.2024, 18.22 Uhr



Wahlplakate in Halle (Saale) Foto: Jan Woitas / dpa

Es geht viel um die Demokratie in diesen Tagen. Da ist das 75-jährige Jubiläum des Grundgesetzes. Da sind Angriffe auf Politikerinnen und Politiker. Und da ist die Europawahl am 9. Juni. Rückt der Kontinent nach rechts, und wenn ja, wie weit? Und was bedeutet das für die Demokratie?

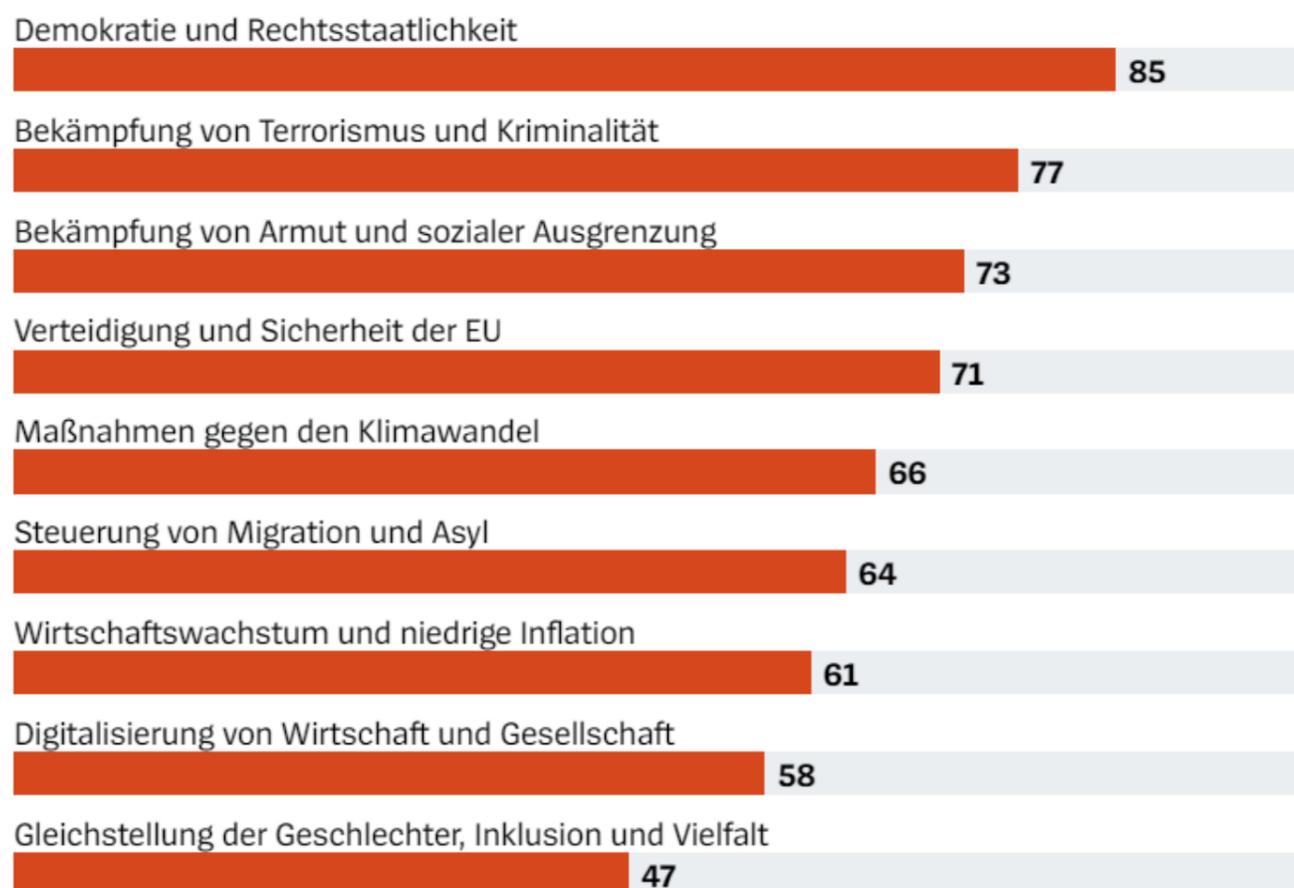
Die Parteien werben mit ganz unterschiedlichen Themen um die Wählerinnen und Wähler. Die **SPD** setzt auf die Schlagworte Frieden und Gerechtigkeit, Union und Grüne stellen Sicherheit und Wohlstand nach vorn, die Linke versucht es mit Sozialem. Die AfD und das Bündnis Sahra Wagenknecht wollen mit Kritik an Bundesregierung und EU punkten.

Für die Wahlberechtigten ist offenbar »Demokratie und Rechtsstaatlichkeit« das wichtigste Thema. In einer SPIEGEL-Umfrage sagen 85 Prozent der Befragten, diese politische Aufgabe sei ihnen heute sehr wichtig oder wichtig. Auf den Plätzen zwei und drei folgen die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität mit 77 Prozent sowie die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung mit 73 Prozent.

Schlusslicht der Prioritäten ist die Gleichstellung der Geschlechter, Inklusion und Vielfalt. Hier unterscheiden sich die Antworten allerdings stark nach Geschlecht: Während 57 Prozent der Frauen diese Aufgabe (sehr) wichtig finden, sind es bei den Männern nur 39 Prozent. Umgekehrt sagen 16 Prozent der männlichen Befragten, diese Aufgabe sei (überhaupt) nicht wichtig, bei den Frauen antworteten so nur 8 Prozent der Befragten.

## Abgestufte Prioritäten

»Welche politischen Aufgaben sind Ihrer Ansicht nach heute wichtig?«, Anteil der Befragten, die eine Aufgabe für (sehr) wichtig halten, in Prozent



5 • Quelle: Infas für den SPIEGEL vom 6. bis 17. Mai 2024; 2175 wahlberechtigte Deutsche ab 16 Jahren; statistische Ungenauigkeit bis zu 4 Prozentpunkte

In der Umfrage unter 2175 Wahlberechtigten ab 16 Jahren sollten die Teilnehmer für jede politische Aufgabe angeben, wie wichtig sie diese finden. Die Befragten mussten sich nicht zwischen einzelnen Aufgaben entscheiden, wie es bei manch anderen Umfragen gemacht wird. So entsteht eher ein Kontinuum der Wichtigkeit, das weniger die aktuellen tagespolitischen Themen widerspiegelt.

## Zur Methodik

### Woher kommen die Daten?

Für die Befragung hat Infas vom 6. bis 17. Mai 2024 2175 für die Europawahl Wahlberechtigte ab 16 Jahren befragt. Die Stichprobenbasis ist das infas-Mastersample, eine zufällig gezogene Stichprobe (ADM, Dual-Frame: Mobilfunk und Festnetz). Die Befragung fand online statt.

### Wie erfolgte die Auswertung?

Die Auswertung der Studie erfolgt gewichtet. Dafür wurden die Verteilungen der Stichprobe an die Strukturen der Grundgesamtheit angepasst. Die Sollverteilungen für Geschlecht, Alter, Schul- sowie Ausbildung, Haushaltsgröße, Erwerbsstatus, Bundesland sowie Gemeindegrößenklasse sind dem Mikrozensus und der repräsentativen Wahlstatistik entnommen. Der maximale Stichprobenfehler liegt bei einer Verteilung von 50 Prozent bei +/- 4 Prozent. Bei anderen Randverteilungen als die 50 Prozent ist der Fehler entsprechend kleiner.

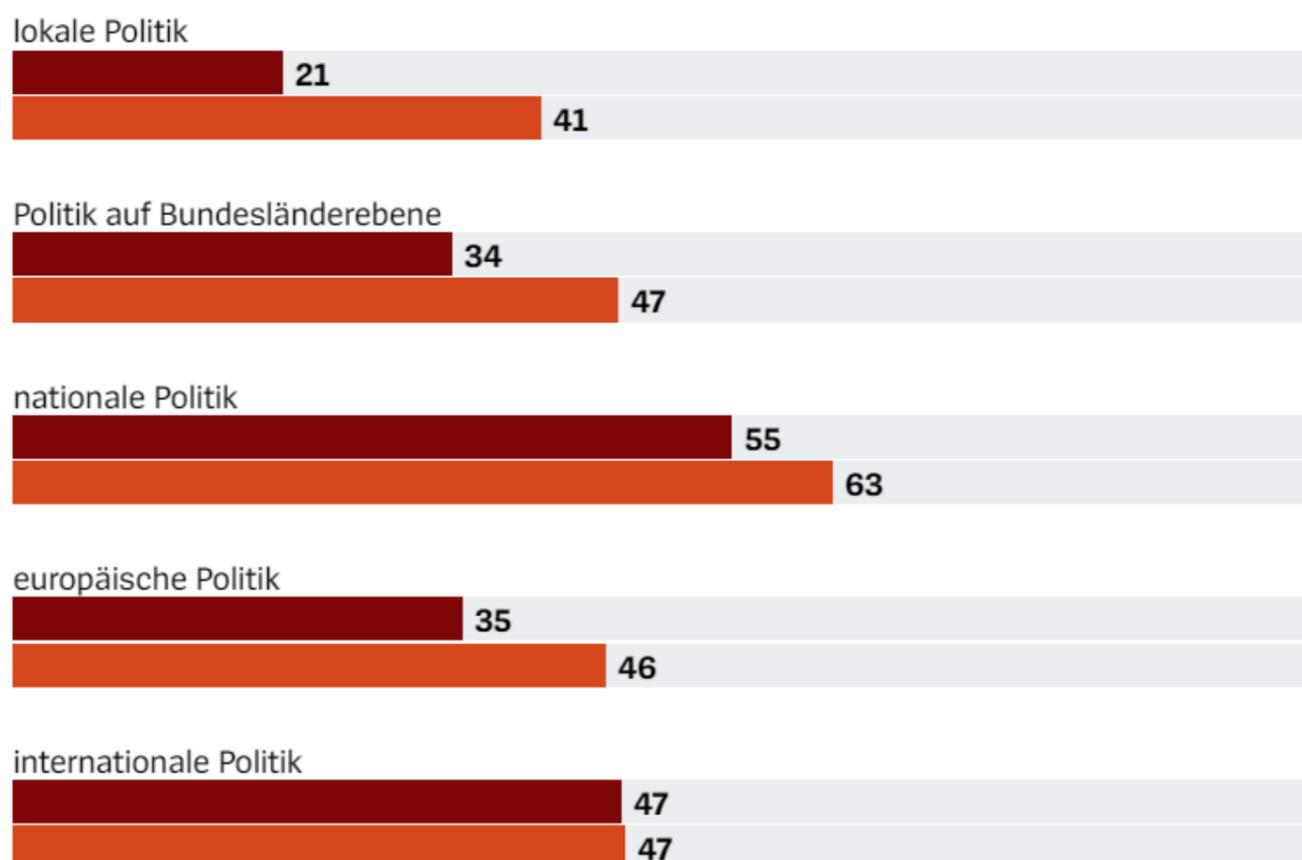
Die Prioritäten der Befragten unterscheiden sich kaum nach Altersgruppen. Den Jüngeren sind tendenziell Verteidigung und Sicherheit in der EU sowie die Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität weniger wichtig, die Bekämpfung des Klimawandels landet auf ihrer Prioritätenliste hingegen auf Platz zwei, gemeinsam mit dem Kampf gegen Armut.

Obwohl in Brüssel mittlerweile zahlreiche Gesetze verabschiedet werden, die den Alltag in Deutschland bestimmen, ist der Wahlkampf zur Europawahl oft lahm, die Wahlbeteiligung niedriger. In diesem Jahr dürfen erstmals auch 16- und 17-Jährige abstimmen, es gibt damit so viele Erstwähler wie lange nicht. Aber interessieren sich die Wahlberechtigten, und insbesondere die Erstwähler, überhaupt für [Europa](#)? Die Infas-Erhebung gibt dazu einen Eindruck. Demnach interessieren sich 35 Prozent der befragten Erstwähler stark oder sehr stark für europäische Politik, etwa genauso viele wie für Politik auf Bundesländerebene. Bei den übrigen Wählern ist es jeweils knapp die Hälfte.

## International statt lokal

»Wie sehr interessieren Sie sich für ...?«, Anteil der Befragten mit starkem oder sehr starkem Interesse, in Prozent

■ **Erstwähler** bei der Europawahl 2024 ■ **übrige Wähler**



5-Quelle: Infas für den SPIEGEL vom 6. bis 17. Mai 2024; 2175 wahlberechtigte Deutsche ab 16 Jahren; statistische Ungenauigkeit bis zu 4 Prozentpunkte

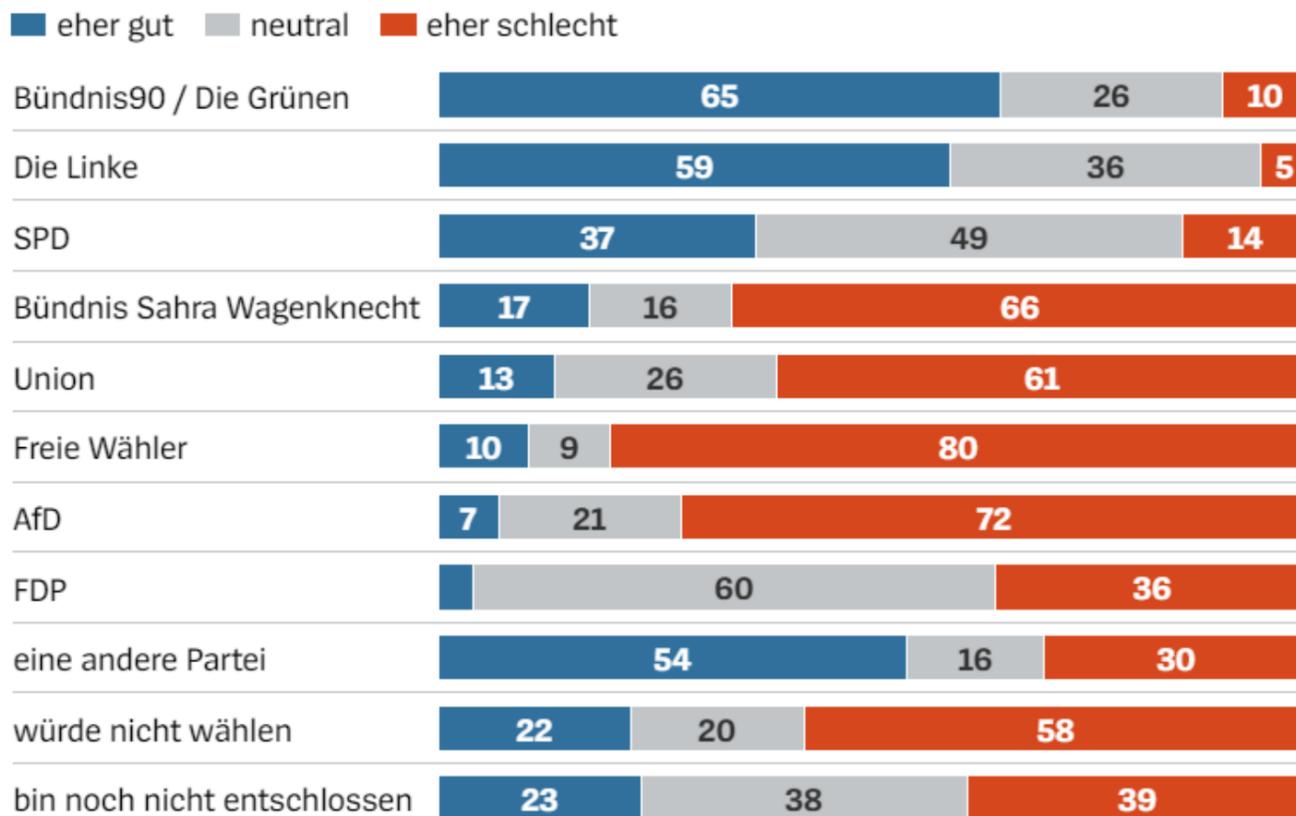
Die EU interessiert damit mehr als lokale Politik, aber weniger als die Vorgänge auf nationaler und internationaler Ebene.

## Jünger wählen?

Die Ampelkoalition in Berlin hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, das Wahlrecht ab 16 auch bei Bundestagswahlen einzuführen. Dieser Vorschlag polarisiert: 37 Prozent der Befragten bewerten die Idee als eher schlecht, 33 Prozent als eher gut, 30 Prozent sehen das Vorhaben neutral. Auch die jungen Befragten sind in dieser Frage gespalten. 41 Prozent der 16- bis 24-Jährigen bewerten den Vorschlag als eher gut, 32 Prozent hingegen als eher schlecht, 27 Prozent haben eine neutrale Einstellung.

## Skeptische Konservative

»Wie finden Sie den Vorschlag, das Wahlalter bei der Bundestagswahl auf 16 Jahre zu senken?«, Angaben nach Wahlabsicht bei der Europawahl 2024 in Prozent



5-Quelle: Infas für den SPIEGEL vom 6. bis 17. Mai 2024; 2175 wahlberechtigte Deutsche ab 16 Jahren; statistische Ungenauigkeit bis zu 4 Prozentpunkte; Abweichung von 100 Prozent: rundungsbedingt

Die größte Unterstützung findet das Vorhaben bei den Anhängern der Grünen mit 65 Prozent »eher gut«, der Linken mit 59 Prozent und der SPD mit 37 Prozent. Mehrheitlich abgelehnt wird die Idee von den Unterstützern der Freien Wähler (80 Prozent Ablehnung), der AfD (72 Prozent), des Bündnisses Sahra Wagenknecht (66 Prozent) und der Union (61 Prozent). FDP-Anhänger positionieren sich zu 60 Prozent neutral.

## Parteimitgliedschaft? Nein, danke

Demokratie lebt auch von den Parteien und ihren Mitgliedern, die sich einbringen und etwa als Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen lassen. Mitglied einer Partei zu werden, kann sich allerdings nur eine Minderheit der Befragten vorstellen: 19 Prozent beantworten die Frage mit »ja« oder »eher ja«, aber 81 Prozent lehnen eine solche Mitgliedschaft ab.

Auffallend ist der Geschlechterunterschied: Nur 14 Prozent der Frauen können sich vorstellen, in eine Partei einzutreten, aber 24 Prozent der Männer. Auch bei jüngeren Menschen zwischen 16 und 29 Jahren ist die Bereitschaft mit 25 Prozent tendenziell höher. 5